



Resolution zum Klimaschutz

der Vereinsvorsitzenden der WGV-Mitgliedsvereine und des Vorstandes des
Wiehengebirgsverbandes Weser-Ems e.V. (WGV)

(Beschlossen in der Vereinsvorsitzenden-Versammlung am 28. September 2019 in Bünde-
Randringhausen)

Präambel:

Die primären Ziele des Wiehengebirgsverbandes Weser-Ems e.V. (WGV) sind die Förderung und Pflege des Wanderns, der Schutz von Natur und Landschaft sowie die Pflege von Brauchtum und Heimat. Daher nehmen Schutz und Pflege von Natur, Landschaft und Heimat einen besonderen Stellenwert ein. Besonders die Wanderer können auf eine lange und äußerst umweltfreundliche Betätigungsform zurück blicken. Wohl kaum ein Hobby ist so CO₂-neutral und umweltschonend wie das Wandern selbst. Da sich die Folgen des Klimawandels auf alle Bereiche unseres Daseins erstrecken, stellt Klimaschutz eine übergreifende Form dieses Schutzes dar. So ist es ein besonderes Anliegen des Wiehengebirgsverbandes Weser-Ems e.V., ein Zeichen für die Zukunft zu setzen und sich für den Klimaschutz stark zu machen und einzusetzen.

Daher fordern wir alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen auf, für einen wirksamen Klimaschutz zu sorgen, damit die Ziele des Pariser Weltklimaabkommens in Deutschland erreicht werden können und Intensität und Folgen der derzeit stattfindenden Klimaerwärmung abgeschwächt werden können:

- 1) Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, in dem ein verbindlicher Reduktionspfad von 40% (2030) bzw. 80-95% weniger Treibhausgasemissionen (2050) gegenüber 1990 mit entsprechenden Zwischenzielen und Maßnahmen verankert ist und das für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Planungssicherheit schafft.
- 2) Sofortige Überprüfung und Verschärfung des Klimaschutzprogramms 2030, um die von der Bundesregierung zugesagte Treibhausgasreduktion um 40% gegenüber 1990 noch zu erreichen.
- 3) Klimaschutz als verpflichtende Staatsaufgabe in die Verfassung der Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankern.
- 4) Einführung einer CO₂ Steuer, die die tatsächlichen Kosten den Verursachern auferlegt.
- 5) Reform des Emissionshandels, damit die Kosten für anfallende Klimaschutzmaßnahmen von den Verursachern getragen werden.
- 6) Sozialverträgliche Abschaffung umwelt- bzw. klimaschädlicher Subventionen (z.B. Energiemaisanbau) und (Wieder)Einführung klimarelevanter Subventionen (z.B. Altbausanierung, Solarenergie bei Eigenheimen)

- 7) Überprüfung und Beschränkung der MwSt-Reduzierung auf die grundlegenden Daseinsgrundfunktionen (z.B. nicht für Fleisch)
- 8) Energie: Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Braunkohleförderung und –verstromung bei gleichzeitigem Ausbau der alternativen Energien. Aufbau regenerativer Energien in Süddeutschland, um landschaftsverschandelnde Stromtrassen zu vermeiden.
- 9) Landwirtschaft: Planungssichere Transformation der EU Direktzahlungen an die Landwirtschaft in eine sozial-ökologische Subventionierung der Landwirte unter besonderer Berücksichtigung von Natur, Landschaft und Heimat.
- 10) Verkehr: Planungssichere Transformation des Verkehrs vom klimaschädlichen Individualverkehr zu einem ÖPNV System, das v.a im ländlichen Raum eine gute Taktung bietet (u.a. Reduzierung Pendlerpauschale, CO2 orientierte Besteuerung von PKW/LKW, Reduzierung der MwSt. im ÖPNV, Besteuerung von Kerosin), Tempolimit von 130 km/h auf allen Autobahnen
- 11) Nachhaltiger Schutz unserer CO2 speichernden Umwelt, vor allem unserer Hoch- und Niedermoore (Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung von Mooren, kein Umbruch von Niedermooren), Umbau der Wälder in naturnahe Mischbestände.

Selbstverständlich besteht die Pflicht für jeden Einzelnen, sich der persönlichen Verantwortung für den Klimaschutz zu stellen.

gez.
Ulrich Gövert
WGV-Präsident

gez.
Prof. Dr. Joachim Härtling
WGV-Hauptnaturschutzwart

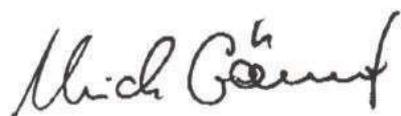
39 Teilnehmende sind zur Abstimmung anwesend. In offener Abstimmung wird diese Resolution mit 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme beschlossen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedsvereinen, auf lokaler Ebene diese oder eine eigene Resolution als Verpflichtung zur Umsetzung des Pariser Abkommens usw. zu beschließen.

Adressaten:

- Energie- und Klimapolitische Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen
- Bundesregierung / Bundeskanzlerin
- Landesregierungen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
- Bundestags- und Landtagsabgeordnete im Verbandsgebiet

Für den Wiehengebirgsverband Weser-Ems e.V.



Ulrich Gövert
Präsident